

Die Eltern und der Elternbeirat Klasse 5g der Ernst Reuter Schule II
Hammar skjöldring 17 a
60439 Frankfurt am Main

An die Kultusministerin Nicola Beer
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Frankfurt, den 27. Mai 2013

Offener Brief – Hessische Inklusion an der Ernst Reuter Schule II in Frankfurt am Main

Seit im vergangenen Jahr die sonderpädagogische Förderung im Hessischen Schulgesetz neu geregelt wurde und die entsprechende Verordnung in Kraft trat, haben auch Kinder mit Förderbedarf das Recht, eine Regelschule zu besuchen. Eigentlich soll ein Beitrag zur Sicherung und Verbesserung der Qualität in der kindlichen Bildung geleistet werden. **Dieses Ziel wird aus unserer Sicht verfehlt.**

Die große Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht, wird durch den Gedanken der Inklusion unterstrichen.

Es sind die verschiedensten Gründe, weshalb Kinder - sei es aufgrund von Behinderung, prekärer Lebensumstände, Migrationshintergrund oder Hochbegabung - eine verbesserte Bildung und Betreuung benötigen. Hierbei **ist eine erhebliche Verschlechterung des status quo zu erwarten.**

Inklusion, wie wir sie in der kommenden Zeit erleben sollen, bedeutet, dass unsere Schule:

- plötzlich weniger förderbedürftige Kinder aufnehmen kann als vorher,
- die Förderlehrer/innen aus dem Kollegium abgezogen werden,
- die Klassenlehrer/in die meiste Zeit alle Kinder allein, ohne Unterstützung unterrichten. Differenzierter, dem Unterricht angepasster Unterricht ist kaum noch möglich.
- keine Planungssicherheit mehr hat.

Die Förderlehrer sollen jetzt für Beratungs- und Förderzentren (BFZs) arbeiten. Von dort werden sie stundenweise an Schulen entsandt. Wie viele Förderstunden einer Schule zugewiesen werden, ist aber von vornherein begrenzt. Der Umfang richtet sich nicht nach dem Bedarf eines Kindes, sondern danach, wie viele Förderlehrerstunden ein BFZ vergeben kann.

Das heißt, dass eine Bindung zwischen Förderlehrer und Schüler gar nicht möglich ist. Das heißt aber auch, dass die Kinder nicht mehr als einzelne Individuen wahrgenommen und in ihren Stärken und Schwächen gefördert werden können.

Das System der Inklusion, also das System der engen und kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Schülern, hat die ERS II zu dem gemacht, was sie heute ist: eine integrierte Gesamtschule mit gemeinsamen Unterricht, der sich über viele Jahre bewährt hat und viele Erfolge aufweisen kann. Jetzt soll dieses System zerstört werden. Inklusive Bildung

ist nachweislich die bestmögliche Förderung für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf.

Daher protestieren wir gegen die Abschaffung dieses Modells.

Inklusion kann nur gelingen, wenn die Schule in der Lage ist, zu planen. Und das funktioniert nur, wenn Förderlehrer zu ihrem Stammpersonal gehören. Es werden genügend zeitliche, fachliche und personelle Ressourcen benötigt, damit alle Kinder ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.

Förderlehrer gehören ins Kollegium:

- Sie sind die Experten vor Ort. Sie müssen Schule, Kinder, Eltern, Therapeuten, Curriculum und Schulprogramm kennen und Ansprechpartner für Kollegen oder Eltern sein.
- Sie müssen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden und die Chance haben, mit ihrem Know-how die Schule weiterzuentwickeln.
- Sie sollten regelmäßig an Konferenzen und Klassenkooperationen teilnehmen können und in Gremien und Steuergruppen sitzen.

Wie soll das funktionieren, wenn ein Lehrer gar nicht zur Schule gehört und mehrere Schulen bedient? Inklusion bedeutet, dass alle gemeinsam leben und lernen. In der geplanten neuen Konstellation geraten die Lehrkräfte sowohl in Bezug auf ihre Diagnosefähigkeit als auch bei den Möglichkeiten, einzelne Kinder gezielt zu fördern, an ihre Grenzen. Die letztlich Leidtragenden sind dann die Kinder.

Es ist mehr als kontraproduktiv, Ressourcen aus GU-Schulen abzuziehen. Und es wird bei der Bildung und damit an unserer Zukunft gespart - und das in einem reichen Land wie Deutschland. Gespart in einem Bereich, der von Politikerinnen und Politikern stets angeführt wird, wenn es ihnen darum geht, die Ernsthaftigkeit ihres verantwortlichen Denkens zu dokumentieren.

Wir Eltern erleben unsere Schule als engagiert und kompetent. Dies haben wir uns bei der Wahl unserer Schule für unsere Kinder erhofft und deshalb haben wir uns genau für diese Schule entschieden. Daher muss und wird es für uns eine Selbstverständlichkeit sein, für die Beibehaltung der bisherigen Situation zu kämpfen.

Die Elternbeiräte der Klasse 5g der ERS II für die Eltern

Elena Reznik

Marion Zinkand

Eine Kopie des offenen Briefes geht an:

Staatliches Schulamt Frankfurt
Stadtschulamt Frankfurt
Dezernentin für Bildung und Frauen der Stadt Frankfurt
Dezernentin für Integration der Stadt Frankfurt

Stadtelternbeirat Frankfurt, StEB
Landeselternbeirat von Hessen, LEB
Politik gegen Aussonderung e.V.
netzwerk inklusion frankfurt
Gruppe Inklusionsbeobachtung Hessen (GIB)
Gemeinsam leben Hessen e.V.
Igel – Initiative gemeinsam lernen

Redaktionen der:
Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Frankfurter Rundschau
Frankfurter Neue Presse
taz

Frankfurter GU-Schulen

Bildungspolitische Sprecher(innen) der Landtagsfraktionen der:
CDU (Günter Schork)
SPD (Heike Habemann)
FDP (Mario Döbeling)
Bündnis 90/Die Grünen (Mathias Wagner)
Die Linke (Barbara Cárdenas)

anbei der offene Brief, den wir an die gesendet haben

Zeitung: ... da das Thema Bildung zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Bereichen zählt und im kommenden Wahlkampf bestimmt deutlich fokussiert wird.

Politik: da das Thema Bildung zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Bereichen zählt und bestimmt auch von Ihrer Partei im kommenden Wahlkampf deutlich fokussiert wird.

Unabhängige Gruppen: Da es ein Thema ist, dass uns alle angeht, da es dabei um unsere Kinder und damit um die Zukunft von uns allen geht.